

# Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss

11.12.2006

## N i e d e r s c h r i f t

**über die 14. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses  
der Stadt Olfen  
am Donnerstag, 30.11.2006  
im Bürgerhaus, Kirchstr. 22**

**Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 19:45 Uhr**

### **Anwesend:**

#### **Vorsitzender:**

Himmelmann, Josef

#### **Von der Verwaltung:**

Sendermann, Wilhelm

Limberg, Heinz

Overes, Dieter

Holtmann, Maria

Bunte, Claus

Danielczyk, Ralf

Dinklage, Michael

Klingauf, Dietmar

Kötter, Christoph

Matheuszik, Reiner

Matuszak, Monika

Vertreter

Ostrop, Paul

Pohlmann, Franz

Sanders, Gerhard

Stork gt. Heinrichsbauer, Norbert

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Vorsitzende die Anwesenden, insbesondere die Zuschauer und die Presse und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird um den TOP 5 „Offenhalten von Verkaufsstellen“ und TOP 17.2 „Grundstücksangelegenheiten“ erweitert. Der TOP 13 „Antrag der SPD-Fraktion auf Errichtung einer Ampelanlage“ wird auf TOP 4 vorgezogen (einstimmiger Beschluss).

### **Tagesordnung:**

## **1. Mitteilungen und Anfragen**

### **1.1. Mitteilung von Herrn Sendermann**

Herr Sendermann berichtet dem Ausschuss, dass der Regionalrat das Verfahren zur Fortschreibung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Münster eingeleitet hat. Dies ist für die städtebauliche Entwicklung von grundsätzlicher Bedeutung. Die Verwaltung wird weiter darüber berichten. Auf die Frage von Ausschussmitglied Ostrop nach der Entwicklung des Planungsrahmens und nach einer Bilanz antwortet Bürgermeister Himmelmann, dass diese erstellt wird und sich kleinere Änderungen ergeben haben.

## **2. Entwicklung des Industriareals "New Park" auf dem Gebiet der Stadt Datteln**

### **VO/369/2006**

Herr Sendermann geht auf die Vorstellung des New Parks in der Ratssitzung ein und führt aus, dass es Zielsetzung ist, einen regionalen Konsens zu erreichen. Die Region soll hinter solch einem Vorhaben stehen. Die Stadt sollte den Planungsprozess hinsichtlich der Umweltbelange und der verkehrlichen Maßnahmen kritisch begleiten, die negativen Wirkungen sollten möglichst minimiert werden. Zum Antrag der UWG zu einer Bürgerbefragung berichtet Herr Sendermann, dass dies nach der Kommunalverfassung nicht vorgesehen ist. Außerdem soll bis Ende des Jahres der regionale Konsens möglichst abgeschlossen sein.

Ausschussmitglied Kötter erklärt, dass die CDU der Entwicklung des New Parks grundsätzlich positiv gegenüber steht. Er stellt den Antrag, auf die Einrichtung eines Beirates zu bestehen, in dem die Stadt vertreten ist, damit die Olfener Belange berücksichtigt werden.

Ausschussmitglied Bunte führt aus, dass die FDP dem New Park befürwortend gegenüber steht. Die Vorteile, die hier erwachsen sind von enormer Bedeutung, man braucht so eine Fläche zur Bevorratung, in der Vergangenheit sind viele Firmen abgesprungen, weil kein Planungsrecht besteht. Zum Antrag der UWG erklärt er, dass es sich hier zeigt, mit welchen Problemen die UWG zu kämpfen hat. Sie schiebt die Entscheidung seiner Meinung nach auf die Bevölkerung ab und hält sich selbst zurück.

Die SPD – so Ausschussmitglied Matheuszik – begrüßt natürlich die Schaffung von Arbeitsplätzen, hat aber Bedenken, dass die Schwierigkeiten hinsichtlich der Verkehrsführung tatsächlich minimiert werden können. Er äußert auch Bedenken hinsichtlich eines evtl. Verdrängungswettbewerbes, worunter u.U. die mittelständische Industrie zu leiden hätte.

Hierzu führt Ausschussmitglied Dinklage aus, dass es sehr wichtig ist, überhaupt in diese Region zu investieren. Man soll Interesse daran haben, entsprechende Arbeitsplätze in unserer Region zu schaffen und zu erhalten, vor allen Dingen auch im Hinblick auf die Demographie. Ausschussmitglied Pohlmann betont noch einmal die Wichtigkeit der Verkehrsführung gerade in Bezug auf Vinnum.

Zum Antrag der UWG führt Ausschussmitglied Frau Matuszak aus, dass die UWG sich sehr wohl an Entscheidungsfindungen beteiligt und es durchaus üblich in Deutschland ist, Bürgerbefragungen durchzuführen. Die UWG hält dies für sinnvoll und auch für erforderlich, da man die Auswirkungen eines solchen Projektes auf Olfen nicht voraussagen kann (z.B. auch Verteuerung des Wohnraums). Hierauf antwortet Herr Kötter, dass der Wohnraum hoheitliches Recht der Gemeinde ist und auch Zeit genug vorhanden war, sich mit diesem Projekt zu beschäftigen. Herr Bunte führt aus, dass es Aufgabe des Rates ist, hier zu entscheiden.

Bürgermeister Himmelmann erklärt, dass durch die Errichtung des New Parks die Chancen größer sind als die Nachteile. Allerdings ist Vinnum für eine Ab- und Anfahrt zum New Park ungeeignet, diese kann nur über die B 474 n erfolgen. Da der Antrag der UWG-Fraktion der weitestgehende ist, lässt Herr Himmelmann über diesen abstimmen.

Der Antrag der UWG-Fraktion zur Durchführung einer Bürgerbefragung zur Entwicklung des Industrieareals „New Park“ auf dem Gebiet der Stadt Datteln wird mit 1 Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt.

Danach fasst der HFB-Ausschuss folgenden Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Olfen folgende Beschlussfassung:

Die Entwicklung des Industrieareals „New Park“ auf dem Gebiet der Stadt Datteln wird begrüßt. Damit soll insbesondere der Wirtschaftstandort des östlichen Ruhrgebietes und die Arbeitsplatzsituation in dem Bereich deutlich verbessert werden. Die Stadt Olfen geht davon aus, dass die nachteiligen Wirkungen für das Olfener Stadtgebiet im zukünftigen Planungsprozess möglichst minimiert werden und fordert daher eine umfangreiche Beteiligung in den anstehenden Planverfahren zur Einbindung der Olfener Belange ein. Die Verwaltung wird beauftragt, sich um die Einrichtung eines Beirates zu bemühen, damit die Olfener Belange frühzeitig berücksichtigt werden.

bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen

**3. Antrag der Kath. Kirchengemeinde St. Vitus auf Übernahme ihrer Kosten für die Stadtranderholung, die Kath. Bücherei und die Offene Jugendarbeit Enjoy durch die Stadt Olfen** **VO/365/2006**

Bürgermeister Himmelmann erläutert noch einmal, dass die Stadt bereit ist, die schwierige Situation der Kath. Kirchengemeinde anzuerkennen, aber nicht gewillt ist, 100 % der Kosten zu übernehmen. Es sind Gespräche geführt worden mit dem Kreisjugendamt, der Kath. und Ev. Kirchengemeinde, hier ist man zu einer Kompromisslösung gekommen, die als Grundlage für die Entscheidung des HFB herangezogen werden soll. Die Stadt wird bei der Offenen Jugendarbeit eine Finanzierung von insgesamt 40 % statt 30 % übernehmen. Dieses Angebot soll verlässlich für 3 Jahre gemacht werden. Für die Büchereien soll eine jährlich Anteilsfinanzierung durch die Stadt auf etwa 8.000,-- € erfolgen. Die Kath. Kirchengemeinde wird in einer Sitzung am 5.12.06 entscheiden. Auf die Frage von Ausschussmitglied Pohlmann, ob es neue Erkenntnisse zur Schließung des Leohauses gibt, antwortet Herr Himmelmann, dass diese Frage bewusst aus den Gesprächen herausgenommen worden ist. Ausschussmitglied Bunte erkundigt sich, welche Sicherheiten man auf Grund der 3-Jahres-Frist durch das Generalvikariat hat. Hier führt Bürgermeister Himmelmann aus, dass nur für das Jahr 2007 Sicherheit besteht. Man wird sich frühzeitig wieder zusammensetzen müssen, um Anschlussgespräche zu führen.

Der HFB-Ausschuss beschließt die zukünftige Büchereiförderung in Höhe von 50 v.H. der entstandenen Aufwendungen mitzufinanzieren. Die Ausleihgebühren werden im Vorfeld angerechnet.

Die offene Jugendarbeit wird statt bisher mit 30 % für die Jahre 2007 – 2009 insgesamt mit 40 % der entstehenden Kosten bezuschusst. Der erhöhte Zuschussbetrag wird den Kirchengemeinden zur einvernehmlichen Aufteilung gewährt.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Überarbeitung der jeweiligen Förderungsrichtlinien vorzunehmen.

einstimmig angenommen

**4. Antrag SPD Fraktion auf Errichtung einer Ampelanlage an VO/370/2006  
der Dr. Erich-Klausener-Brücke (Lippebrücke) zwischen  
Olfen und Datteln-Ahsen**

Ausschussmitglied Matheuszik erläutert den Antrag der SPD und führt aus, dass durch die Enge der Brücke zwischen Olfen und Ahsen die Verkehrssituation massiv behindert wird. Da die Überlegungen zum Neubau einer Ortsumgehung Ahsen höchstens langfristig realisiert werden können, sollte dort an der Brücke eine feste Ampelanlage installiert werden.

Ausschussmitglied Dinklage spricht sich nicht für eine Ampelanlage aus, da seiner Meinung nach die Verkehrsteilnehmer mit ein bisschen Rücksichtnahme die Situation klären können. Ausschussmitglied Kötter bittet darum, dass die Verwaltung einmal anfragt, wie hoch die Verkehrsdichte ist und wie die beiden Kreise Recklinghausen und Coesfeld zu der Angelegenheit stehen. Auch bei den Kreispolizeibehörden – so Ausschussmitglied Danielczyk – könnte man nach der Unfallhäufigkeit und -gefährdung nachfragen. Ausschussmitglied Stork gt. Heinrichsbauer befürchtet, dass es gerade am Wochenende zu einem Rückstau durch die Ampelanlage nach Ahsen herein kommen könnte. Herr Bunte führt aus, dass er aus persönlichen Erfahrungen die Ampelanlage für vernünftig halten würde und er sich damit anfreunden könnte. Frau Matuszak spricht sich gegen eine Ampelanlage aus, da die Situation durch eine Beschilderung gekennzeichnet ist und man auch als Autofahrer gefragt ist, Rücksicht zu nehmen.

Nach weiterer Diskussion fasst der Ausschuss folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Angelegenheit mit den Kreisen Recklinghausen und Coesfeld zu objektivieren und dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen weiter zu berichten.

einstimmig angenommen

**5. Beratung und Beschlussfassung über die Verordnung VO/376/2006  
über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus  
besonderem Anlass in der Stadt Olfen**

Der HFB-Ausschuss beschließt gem. § 60 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen die dem Originalprotokoll beigefügte Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass in der Stadt Olfen.

Dem Rat wird diese Entscheidung zur Genehmigung vorgelegt.

einstimmig angenommen

**6. Beratung und Beschlussfassung über die Satzung zur VO/371/2006  
Erhebung von Abwassergebühren**

Herr Limberg erläutert dem Ausschuss die Anhebung der Abwassergebühren um 0,13 € auf 2,22 € je cbm. Ein 4-Personen-Haushalt wird durch die Anhebung der Gebühren (Entwässerung, Abfall, Straßenreinigung) mit ca. 20,-- € mehr belastet. Fragen von Ausschussmitgliedern zur Kalkulation werden von Herrn Limberg beantwortet

Der HFB-Ausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Olfen folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Olfen beschließt die Satzung über die Erhebung von Abwassergebühren entsprechend der dem Originalprotokoll beigefügten Anlage 1. Die vorgelegte Kalkulation des Gebührensatzes wird angenommen (Anlage 2). Mit Wirkung vom 01.01.2007 wird der Gebührensatz auf 2,22 €/cbm festgesetzt.

einstimmig angenommen

**7. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Kanalanschlussbeiträgen**

**VO/363/2006**

Herr Sendermann führt aus, dass in den Satzungen die Empfehlungen des Städte- und Gemeindebundes aufgenommen und dem neuen Rechtsstand angepasst worden sind.

Der HFB-Ausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Olfen, die Beitragssatzung von Kanalanschlussbeiträgen der Stadt Olfen zu beschließen.

einstimmig angenommen

**8. Friedhofswesen;**

**VO/366/2006**

**1. Gebührenbedarfsberechnung ab dem 01.01.2007 für den UA 7500 (Friedhof)**

**2. Satzung zur 8. Änderung der Gebührensatzung vom 19.02.1988 zur Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen**

Herr Sendermann erläutert dem Ausschuss, dass der Pflegeaufwand auf dem Friedhof nicht weniger wird und dass der Trend beim Erwerb von Grabstätten zu kleineren Gräbern geht. Auf die Frage von Ausschussmitglied Dinklage, dass man dann evtl. die Gebühren z.B. bei Urnengräbern erhöhen müsste antwortet Herr Sendermann, dass diese dann angepasst werden müssen.

Der HFB-Ausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Olfen zu beschließen:

1. Der Gebührenbedarfsberechnung der Friedhofsgebühren ab dem 01.01.2007 wird zugestimmt.
2. Die Satzung der 8. Änderung der Gebührensatzung vom 19.02.1988 zur Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Stadt Olfen wird beschlossen.

einstimmig angenommen

**9. Neufassung der Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Olfen**

**VO/351/2006**

Der HFB-Ausschuß empfiehlt dem Rat der Stadt Olfen, die Abwasserbeseitigungssatzung der Stadt Olfen zu beschließen.

einstimmig angenommen

**10. Neufassung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen der Stadt Olfen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben) und die Erhebung von Benutzungsgebühren und Kleineinleiterabgaben**

**VO/352/2006**

Ausschussmitglied Kötter bittet die Verwaltung auf Grund der Preisanpassung des Entsorgungsunternehmens von 37,5 % zum 01.01.2007 sich eine Marktübersicht zu beschaffen und evtl. die Verträge neu auszuschreiben. Die Verwaltung wird dies überprüfen.

Der HFB-Ausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Olfen, die Neufassung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen der Stadt Olfen (Kleinkläranlagen, abflusslose

Gruben) und die Erhebung von Benutzungsgebühren und Kleineinleiterabgaben zu beschließen. Die vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung wird angenommen.

Die Grundgebühr für die Entsorgung der Klärgruben wird ab dem 01.01.2007 auf 85,32 € je abgefahrene Grube und die Gebühr je Messeinheit auf 15,13 € je cbm abgefahrenen Grubeninhalts festgesetzt.

Der Satzungsentwurf und die dazu gehörige Bedarfsberechnung sind Bestandteil dieses Beschlusses.

einstimmig angenommen

#### **11. Neufassung der Straßenreinigungssatzung der Stadt Olfen VO/353/2006**

Die Frage von Ausschussmitglied Bunte nach der Winterwartung der Straßen des Typs 3 wird von Herrn Sendermann beantwortet.

Der HFB-Ausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Olfen, die Neufassung der Straßenreinigungssatzung der Stadt Olfen zu beschließen.

Die vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung wird angenommen.

einstimmig angenommen

#### **12. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zum Betrieb einer Musikschule; VO/342/2006**

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Olfen, der vom Musikschulausschuss am 25.09.2006 beschlossenen Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (ÖrV) zum Betrieb einer Musikschule zuzustimmen und die gemeinsame ÖrV in der vorgeschlagenen Fassung zu unterzeichnen. Die bisherige ÖrV i.d.F. von 1995 wird damit aufgehoben. Die ebenfalls erstellte Zielvereinbarung für den Musikschulkreis wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Je eine Ausfertigung wird dem Originalprotokoll als Anlage beigefügt.

einstimmig angenommen

#### **13. Neufassung der Satzung für den Musikschulkreis; VO/343/2006**

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Olfen, die bisherige Satzung der Musikschule Olfen vom 06.07.1995 aufzuheben und der Beschlussfassung der dem Originalprotokoll als Anlage beigefügten Satzung für den Musikschulkreis durch den Rat der Stadt Lüdinghausen zuzustimmen.

einstimmig angenommen

#### **14. Einrichtung einer Offenen Ganztagsgrundschule an der Wieschhofschule - Kath. Grundschule der Stadt Olfen VO/367/2006**

Bürgermeister Himmelmann erläutert, dass die Stadt ermöglichen will, dass jedes Kind zur Ganztagsgrundschule angemeldet werden und man dies auch mit einem Beitrag von 5,- € pro Monat erreichen kann. Der Essensanteil von 50,- € monatlich muss allerdings weitergegeben

werden. Sollte es wirklich einmal an den 5,-- € scheitern, ist hier bürgerschaftliches Engagement gefragt. Niemand soll von dem Angebot ausgeschlossen werden.

Ausschussmitglied Matheuszik zieht den Antrag der SPD auf Staffelung der Beiträge zurück, da man von anderen Voraussetzungen ausgegangen ist. Zu § 2 Abs. 3 der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen bittet er darum, die Frist zur Abmeldung auf den 15.4. des laufenden Schuljahres festzusetzen (einstimmiger Beschluss).

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Olfen, die Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der „Offenen Ganztagschule im Primarbereich“ der Stadt Olfen zu beschließen.

einstimmig angenommen

---

Josef Himmelmann  
Vorsitzender

---

Maria Holtmann  
Schriftführerin